



SPD-Kreistagsfraktion , Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel

An den
Landrat des Kreises Wesel
Dr. Ansgar Müller
im Hause

0281/207-2006
spd-fraktion@kreis-wesel.de
Wesel 19. Juni 2020/new

An die/den
Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppe z. K.

Resolution zur Unterstützung der Forderungen der NRW-Aufgabenträger für den Nahverkehr

Antrag für den Kreisausschuss am 23.06.2020, Kreistag am 25.06.2020

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

Die Corona-Pandemie belastet die Aufgabenträger des Öffentlichen Nahverkehrs in außerordentlichem Maße. Davon betroffen sind auch die Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG (NIAG) und die Busverkehr Rheinland GmbH (BVR) im Kreis Wesel. Die politischen Gremien der drei nordrhein-westfälischen Aufgabenträger, zu denen auch der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) zählt, bitten deshalb das Land Nordrhein-Westfalen in einer gemeinsamen Resolution um die Bildung eines Rettungsschirms für ÖPNV und SPNV.

Der Koalitionsausschuss des Bundes hat im am 03.06.2020 vorgestellten Konjunkturpaket eine einmalige Erhöhung der Regionalisierungsmittel in Höhe von 2,5 Milliarden Euro bundesweit zur Unterstützung der Finanzierung des ÖPNV angekündigt. Die von den NRW-Aufgabenträgern bezifferte Summe von mehr als einer Milliarde Euro Einnahmeverluste allein in NRW macht deutlich, dass die Unterstützung des Bundes nicht ausreicht, um den Öffentlichen Nahverkehr ausreichend zu subventionieren. Der Öffentliche Nahverkehr ist jedoch zentral für wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe und eine ökologisch nachhaltige Verkehrswende. Die NRW-Aufgabenträger VRR, Nahverkehr Rheinland (NVR) und Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) haben deshalb in ihrer Resolution vom 12.06.2020 die Landesregierung dazu aufgefordert, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel um den Betrag zu ergänzen, der zum vollständigen Ausgleich der Corona-bedingten Mindereinnahmen benötigt wird.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt daher den Beschluss der folgenden Resolution durch den Kreistag Wesel:

„Der Kreis Wesel unterstützt die Resolution der NRW-Aufgabenträger für den Nahverkehr und fordert die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen dazu auf, einen Rettungsschirm für den Ausgleich der Corona-bedingten Mindereinnahmen im Öffentlichen Nahverkehr aufzuspannen.“

Mit freundlichen Grüßen



Gerd Drüten
Vorsitzender